

Der Landrat verwies auf den gemeinsamen Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP sowie auf den Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.09.2023.

KTM Waldästl verweist auf den Änderungsantrag seiner Fraktion. Seine Fraktion teile ausdrücklich die Kritik daran, dass der Bund Einsparungen an den Beratungsleistungen und die Integration der unter 25-jährigen vornehmen wolle. Die vorgesehene Mittelkürzung bei den Jobcentern in Höhe von 500 Millionen Euro lehne man ab. Von daher habe man an dieser Stelle Konsens mit den Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNE und FDP.

Jedoch halte man die Verlagerung der Beratung und der Beschäftigungsförderung bei den unter 25-jährigen zur Bundesagentur für Arbeit als einen sinnvollen Ansatz und haben ihn demnach anders in dem Änderungsantrag formuliert. Damit der Kreisausschuss keine der beiden Resolutionen jeweils negativ abstimmen müsse, schlage er vor, dass die Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNE und FDP für ihre Resolution stimmen und seine Fraktion für ihre Resolution.

KTM Steiner bemerkte, mit der Zerschlagung der bestehenden funktionierenden Strukturen in den Jobcentern für die jungen Menschen ergebe sich das Problem, dass die Strukturen und die Trägerleistungen erst wiederaufgebaut werden müssen. Die Erfahrung zeige, dass die Jobcenter deutlich flexibler, sach- und menschenorientierter arbeiten als die Bundesagentur für Arbeit.

Darüber hinaus versuche man durch die Verlagerung der Betreuungsmittel aus dem Budget der Jobcenter freizuschöpfeln, um diese dann für den versicherungspflichtig bezahlten Bereich der Bundesagentur für Arbeit zu verwenden.

Wenn die eine Einsparung abgelehnt werden soll, müsse man konsequenterweise auch die andere ablehnen. Demnach sei es folgerichtig, der Resolution von CDU, GRÜNE und FDP zuzustimmen.

KTM Dr. Bieber verwies auf den Beschluss des Vorstandes des Landkreistages NRW, der sehr gut zusammenfasse, dass die Planungen auf Bundesebene weder durchdacht noch sinnvoll seien. Betrachte man die Haushaltsberatungen des Bundes im Sommer, wisse man, dass dieser Aufgabenverlagerung keine Organisationsuntersuchung zu Grunde lag bzw. einer Kritik an den Jobcentern.

Es sei hingegen in kürzester Zeit der Versuch des Arbeitsministeriums gewesen, aufgrund der Vorgaben des Bundesfinanzministeriums einen dreistelligen Millionenbetrag zu erhalten.

Das bedeute: nicht durchdacht, nur finanziell motiviert. Das könne er nicht gutheißen.

Von daher empfehle er, dem Resolutionsantrag von GRÜNE, FDP und CDU zuzustimmen.

KTM Koch sagte, er plädiere dafür, den ursprünglichen Resolutionstext beizubehalten. Er habe an dem bisherigen System keine sachlich fundierte Kritik erfahren. Zudem habe er ebenfalls vernommen, dass es Interesse gäbe, eine finanzielle Verschiebung durchzuführen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Dann ließ der Landrat zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

Dann ließ der Landrat über den Resolutionsantrag der Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNE und FDP vom 14.08.2023 abstimmen.